

# Brinkhaus widerspricht Fortmeier

»Versmold kein Einzelfall«

Versmold (OH). Als »höchst irritierend« bezeichnet CDU-Kreisvorsitzender Ralph Brinkhaus die Äußerungen von SPD-Landtagsmitglied Georg Fortmeier zu den Auswirkungen der Reform des Gemeindefinanzierungsgesetzes. Versmold sei beileibe kein Einzelfall. »Im Kreis werden sieben Kommunen benachteiligt, keine einzige profitiert.«

Wie vom WB am Donnerstag berichtet, hatte Fortmeier Versmold als »bedauerlichen Sonderfall« bezeichnet, bei dem das geplante neue Gemeindefinanzierungsgesetz negative finanzielle Folgen habe. Insgesamt würde mehr Geld in die Region fließen. Brinkhaus stellt nun fest, dass »von der Gesetzesänderung in unserem Kreis keine einzige Kommune profitiert«. Im Gegenteil: Sieben Städte erhielten wegen der geplanten Neuregelung in Summe mehr als zehn Millionen Euro weniger vom Land als nach der bislang geltenden Regelung. Neben Versmold betreffe dies Gütersloh, Rietberg, Harsewinkel, Langenberg und Herzebrock-Clarholz. »Die anderen sind nur deshalb nicht betroffen, weil sie keine Schlüsselzuweisungen erhalten.«

Die Landesregierung plane eine große finanzielle Umschichtung vom ländlichen Raum in Großstädte. »Netto beträgt diese Verlagerung etwa 130 Millionen Euro«, sagt Brinkhaus. »Sonderfälle stellen die Kommunen im ländlichen Raum dar, die nicht negativ betroffen sind.« Vor diesem Hintergrund ruft Brinkhaus dazu auf, »über alle Parteigrenzen hinweg die Interessen des Kreises in Düsseldorf zu vertreten«. Fortmeier und Bürgermeister Thorsten Klute als Mitglied im SPD-Landesvorstand lade er dazu gemeinsam mit den heimischen CDU-Landtagsabgeordneten Ursula Doppmeier und Michael Brinkmeier zu einem Gespräch an.